

Gorleben: aus Fehlern lernen

In Gorleben, dem Ort des bislang erkundeten Standortes für ein Atommüll-Endlager, sind zwei Tugenden erforderlich: Geduld und Entschlossenheit. Ohne den mutigen Widerstand der Wendländer gäbe es heute vielleicht ein Endlager für Atommüll in Gorleben. Vermutlich eines, das nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik entspräche. Jetzt werden die Erkundungsarbeiten in Gorleben gestoppt. Das ist gut und das ist richtig. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern das seit mehr als einem Jahr. Wir waren stets dagegen, dass mit der alleinigen Erkundung im Wendland, immer mehr Fakten für die Standortentscheidung pro Gorleben geschaffen werden sollen. Eines ist klar: In Gorleben wird seit über 30 Jahren getrickst. Deshalb gibt es im Bundestag den Untersuchungsausschuss „Gorleben“: Mittlerweile sind die Zeugenvernehmungen abgeschlossen. Nun geht es um die Bewertung der 52 Zeugen-aussagen und 2.800 Aktenordner. Im Folgenden legen die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss Gorleben dar, was bereits jetzt festgestellt werden kann.

2.800 Aktenordner mit Brisanz

Die Beweisaufnahme brachte drei Hauptaspekte zutage:

- Die Entscheidung für Gorleben fiel 1977 in Niedersachsen in der Amtszeit der Regierung von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU). Es war der niedersächsische Wirtschaftsminister Walther Leisler Kiep (CDU), der Gorleben zur völligen Überraschung sämtlicher Fachleute in Hannover und

Bonn als möglichen Standort präsentierte. Am Ende brachte es Ministerpräsident Albrecht klar auf den Punkt: „Entweder Gorleben, oder gar kein Standort in Niedersachsen.“ Im Februar 1977 erfolgte der Kabinettsbeschluss. Damit waren die Weichen in Richtung Gorleben gestellt.

- 1983 gab es eine „politische Einflussnahme“ der Kohl-Regierung auf den Gorleben-Zwischenbericht der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB, heute Bundesamt für Strahlenschutz BfS). Der Terminus „Eignungshöflich“ musste rein in den Bericht. Dieser Begriff aus dem Bergrecht, der das Vorkommen von Rohstoffen im Erdreich klassifizieren soll, wurde jedoch in Gorleben fachfremd angewendet und damit verfälscht. Auf der anderen Seite wurde der Vorschlag der Wissenschaftler nach einer „Alternativen Endlagersuche“ auf Druck der CDU-Ministerialbürokratie gestrichen. Auch das hat der Untersuchungsausschuss bereits bewiesen. Gleich mehrere Zeugen sprachen von einer „Weisung“ aus Bonn. Das ist eine weitere „politische Einflussnahme“.
- Ende der 1990er Jahre hat die damalige Umweltministerin Angela Merkel getrickst. Der Salzstock Gorleben wurde aufgrund ihrer Anordnung nur in eine Richtung erkundet, da dem Bund die Rechte zur vollständigen Erkundung fehlten und bis heute fehlen. Diese Änderung des Erkundungskonzepts entsprach weder damals noch heute dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik. Die Ursache für Merkels Manipulation war der wirtschaftliche Druck der Atomindustrie. Den Kernkraftwerksbetreibern war die Erkundung in Gorleben schlicht „zu teuer“. Merkel wurde zum ersten, aber nicht zum letzten Mal zur Erfüllungsgehilfin der Atomlobby. Weil nur ein Teil des Salzstocks erkundet wurde, sparten die Atomkraftwerksbetreiber 365 Millionen Mark.

Merkel - Die letzte Zeugin: „Gorleben zu Ende erkunden“

Am Ende ihrer Zeugenvernehmung im Gorleben-Untersuchungsausschuss hat die Kanzlerin im September 2012 die Katze aus dem Sack gelassen:



Angela Merkel hat als frühere Umweltministerin in der 1990er Jahren bei der Atommüll-Endlagersuche offenbar politisch motiviert unzulässige Schlüsse aus wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Gorleben gezogen. Sie rechtfertigte das vor dem Untersuchungsausschuss damit, dass Sie damals „noch nicht so perfekt wie heute“ gewesen sei. Dabei hätte Transparenz gereicht. Ute Vogt, Sprecherin der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe des 1. Untersuchungsausschusses, sagte dazu wörtlich: „Dafür muss man nicht perfekt sein, sondern nur aufrichtig!“

Zur Überraschung sämtlicher Zuhörer hat sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Weitererkundung des niedersächsischen Salzstocks Gorleben als potenzielles atomares Endlager ausgesprochen. Sie könne nach wie vor nicht einsehen, warum man einen Standort, den man schon so lange erkundet hat, nicht endlich mal zu Ende erkunde, sagte die Kanzlerin vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss auf Fragen der SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuss Ute Vogt, Matthias Miersch und Kirsten Lühmann. Das ist neu und war in dieser Deutlichkeit nicht zu erwarten. Denn damit hat die Bundeskanzlerin höchstpersönlich einen möglichen Kompromiss in der Endlagerfrage erschwert. Mittlerweile hat Merkels Umweltminister Altmaier die Reißleine gezogen: Erkundungsstopp in Gorleben bis September 2013. In der Sache ist diese Entscheidung richtig, aber Altmaier kann kein fachliches Argument dafür nennen. Denn sein Sinneswandel ist rein taktisch motiviert: Der angeordnete Erkundungsstopp von Altmaier gilt nur bis zur Bundestagswahl.

Weitere Ergebnisse der Zeugenvernehmung von Dr. Angela Merkel

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit als Umweltministerin legte sich Angela Merkel fest: „Gorleben bleibt erste Wahl“. Zuvor

wurden 41 Salzstöcke untersucht. Nicht dabei war Gorleben. Trotzdem als Fazit die „erste Wahl“ festzustellen, obwohl nie ein Vergleich von Gorleben mit diesen 41 Salzstöcken stattfand, hat nichts mit Wissenschaft, aber viel mit Ideologie zu tun.

Hier wird deutlich: Die Physikerin Dr. Merkel hat die Öffentlichkeit in wissenschaftlichen Fragen getäuscht. Merkels Motto: Augen zu und durch mit Gorleben.

Frau Merkel hat sich stets vehement für die alleinige Erkundung von Gorleben eingesetzt. Eine schon damals auch von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte Suche nach alternativen Standorten lehnte sie strikt ab. Für Angela Merkel war und ist Gorleben „alternativlos“.

Als Umweltministerin war Frau Merkel zuständig für die Sicherheit der Atomkraftwerke, für die Sicherheit der Castortransporte und für die Sicherheit der Endlager-Erkundung in Gorleben. Diese Pflichten hat Merkel nachweislich nicht erfüllt. Stattdessen hat sich die heutige Kanzlerin immer und ausschließlich für die Interessen der Atomindustrie eingesetzt. Und das waren meist finanzielle Interessen.

Manipulation in Gorleben – gestern und heute

Mathias Edler, Atomexperte von „Greenpeace“, überraschte bereits im Frühjahr 2010 die Öffentlichkeit mit seiner spektakulären Aktenrecherche zur Auswahl von Gorleben im Jahre 1976/77. In einem Vortrag bei der SPD-Bundestagsfraktion belegte Edler vor allem die Veränderungen am Erkundungskonzept in Gorleben. Da Landbesitzer wie Andreas Graf von Bernstorff und die Evangelische Kirche bis heute ihre sehr großen Grundstücke nicht verkaufen wollen, wird dieser Teil des Salzstocks von der Erkundung ausgeschlossen. Mit wissenschaftlichen Kriterien habe das schlichtweg nichts zu tun. Fachleute sprechen deshalb auch von einer „Flickenteppich-Erkundung“. Anstatt den Standort Gorleben aufzugeben, habe man die Sicherheitskriterien modifiziert. Denn auch das bedeutet „Methode Gorleben“: Zuvor benannte wissenschaftliche Kriterien werden an nachteilige Realitäten angepasst.



Merkels Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht. Mathias Edler betonte, dass die wissenschaftlichen und politischen Manipulationen von gestern, heute mit unwissenschaftlichen Akten-Interpretationen der Gorleben-Be-

fürwörter fortgeführt würden. Aus geologischer Sicht sei der Standort Gorleben verbrannt. Im Wendländer Salzstock, gäbe es neben den bekannten Laugen und wässrigen Lösungen auch Gase und Kondensate. Unter dem Salzmassiv befindet sich ein riesiges Erdgasvorkommen. Überdies seien Risse und Klüfte im Salzstock bereits seit den 1980er Jahren bekannt. Mathias Edlers Recherchen decken sich mit unserer fast dreijährigen Aktenanalyse. Doch sämtliche Fakten werden von CDU und FDP gestern wie heute bestritten. Insbesondere bei der „Aufklärung“ im Untersuchungsausschuss. Das CDU-Gorleben-Motto: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“.

Fazit: Nationale Endlagerdebatte

Die Geschichte Gorleben ist ein schwarz-gelber Sumpf. Sämtliche Entscheidungen seit fast 40 Jahren haben Albrecht, Kohl und Merkel ohne Beteiligung der Öffentlichkeit getroffen. Das ist bis heute so: Merkel-Altmaier machen dort weiter wo Kohl-Merkel aufgehört haben.



So geht das ganze Verfahren zur Endlagersuche bislang am Deutschen Bundestag, dem eigentlichen Gesetzgeber, komplett vorbei. Der jahrzehntelange Streit um Gorleben zeigt



Seit mehr als 30 Jahren wird im niedersächsischen Wendland Widerstand gegen die Erkundung des ehemaligen Salzstocks in Gorleben und eine spätere Nutzung als Endlager für hochradioaktiven Atommüll geleistet. Denn obwohl geologische Studien belegen, dass Gorleben nicht als Endlager in Frage kommt, haben Kohl, Merkel und Co. immer an diesem Standort festgehalten. Die SPD-Fraktion will eine neue Endlagersuche mit parlamentarischer Befassung und im Dialog mit der Bevölkerung. Durch Transparenz und Partizipation im Verfahren, soll Akzeptanz für die spätere Entscheidung gewonnen werden.

jedoch, dass Vertrauen die wichtigste Währung bei der Endlagersuche ist. Dieses Kapital hat die Bundesregierung mit der bisherigen Vorgehensweise verspielt. Denn weder Bundeskanzlerin Merkel noch ihr Umweltminister Altmaier erwecken den Eindruck, dass sie aus ihren Fehlern in Bezug auf Gorleben etwas gelernt haben. Darüber kann auch der hektisch verordnete Erkundungsstopp in Gorleben nicht hinwegtäuschen. Allein der Zeitpunkt der Entscheidung macht sie unglaublich. Merkel und Altmaier agieren taktisch, aber nicht ehrlich.

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion einen Neustart für die Endlagersuche in Deutschland. Was wir brauchen ist eine parlamentarische Befassung und eine qualifizierte Beteiligung der Bevölkerung. Das Parlament muss für Transparenz und Partizipation in den Verhandlungen und im weiteren Verfahren sorgen – in seiner Rolle als zentraler Akteur in der Gesetzgebung. Sinn und Zweck einer öffentlichen Debatte sollte am Ende ein breiter Konsens und eine große Akzeptanz in der Zivilgesellschaft über das Endlagersuchverfahren sein. Insbesondere bei einem Gesetz von einer solchen Dimension

braucht die Politik das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger in ein „sauberes“ und transparentes Verfahren ohne Vorfestlegungen. Nur ein nationaler Dialog kann auch zu einem nationalen Konsens in der Endlagerfrage führen. Wir sind dazu bereit.

SPD-Abgeordnete im Untersuchungsausschuss Gorleben



Ute Vogt, MdB
Sprecherin der Arbeitsgruppe des 1. Untersuchungsausschusses (Gorleben)



Kirsten Lüthmann, MdB
Stellv. Ausschussvorsitzende



Matthias Miersch, MdB
Mitglied



Sebastian Edathy, MdB
Stellv. Mitglied



Michael Gerdes, MdB
Stellv. Mitglied



Marco Bülow, MdB
Stellv. Mitglied

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: UTE VOGT, MdB/MATTHIAS WILL | **REDAKTION:** ANJA LINNEKUGEL
STAND: DEZEMBER 2012
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), DPA/PICTURE-ALLIANCE (S. 3/4, 5, 6, 7/8)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Die „Augen-zu-und-durch-Methode“ in Gorleben

Erste Analyse und Resultate

NACHHALTIGER FORTSCHRITT

